

VOLKSSOLIDARITÄT

gegen

Rechtsextremismus und
Ausländerfeindlichkeit



**Positionen
und Anregungen
zum Nachdenken**

Miteinander • Füreinander

Volkssolidarität gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit

Der "gefühlte Rechtsextremismus" ebenso wie der medial verbreitete reflektieren das vorhandene Ausmaß an rechtsextremen Potenzialen unzureichend und einseitig (S. 5).

Rechtsextremismus ist in den neuen Bundesländern vor allem mit der Ausländerproblematik verbunden. Obwohl eigene Erfahrungen im Zusammenleben und -arbeiten mit Ausländern weitgehend fehlen, werden sie als eine "Ursache" für soziale Probleme im Osten angesehen (S. 8).

Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Hitlerfaschismus muss nach wie vor Anliegen aller demokratischen Kräfte sein (S. 14).

Haltungen zu rechtsextremen und ausländerfeindlichen Positionen werden in den neuen Bundesländern (wie in den alten) von einer Vielzahl individueller und sozialer Faktoren bestimmt, im Besonderen jedoch vom jeweiligen Erwerbsstatus und der sozialen Situation (S. 18).

Die Haltung zum Rechtsextremismus ist bei vielen Bürgern widersprüchlich. Ablehnung rechter Parteien und Forderung nach deren Verbot steht zum Teil Billigung einzelner Positionen gegenüber (S. 21).

Fazit: Rechtsextremen und ausländerfeindlichen Positionen keinen Spielraum zu geben, auch das muss Bestandteil der Arbeit von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und aller demokratischen Kräfte sein (S. 22).

Entschließung der Bundesdelegiertenversammlung der Volkssolidarität: Volkssolidarität setzt sich für humanistische und demokratische Werte ein (Umschlagseite 3).



*Liebe Mitglieder und Freunde der
Volksolidarität,
liebe Mitbürger!*

Die Volksolidarität als einer der stärksten Mitgliederverbände im Bereich der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit in den neuen Bundesländern sieht mit Besorgnis eine Tendenz der Etablierung von Vertretern rechtsextremer Parteien und Organisationen in politischen Strukturen des demokratischen Gemeinwesens ebenso wie eine nicht übersehbare, nicht hinnehmbare Akzeptanz rechtsextremen Gedankenguts bei vielen Bürgern - wenn auch oft unbewusst und ungewollt.

Die Volksolidarität, im Oktober 1945 unmittelbar im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges aus einem Bündnis von demokratischen Parteien (SPD, KPD, CDU, LDPD), Gewerkschaften und Kirchen hervorgegangen, sah ihr Anliegen von Anbeginn in der Überwindung der entsetzlichen Folgen des Krieges ebenso wie in der Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Hitlerfaschismus, die Millionen Menschen das Leben kosteten.

Die nachfolgenden Ausführungen sind ein Beitrag zur dringenderen denn je erforderlichen Auseinandersetzung gegen ein Erstarken des Rechtsextremismus ebenso wie gegen einseitige Auffassungen und Vereinfachungen in der Ursachenanalyse.

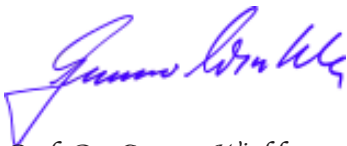
Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus - gegen jeden Extremismus und Gewalt - betrifft jeden und nicht immer nur "die anderen"; es ist auch kritische Sicht auf eigenes Denken. Gerade unser Verband, jedes Mitglied, jede Ortsgruppe, jeder Kreis-, Stadt- und Regionalverband, steht in der Verantwortung, "Gesicht" zu zeigen. Wir dürfen rechtsextremen Kräften und Gedanken

keinen Raum geben, sich in unseren Strukturen zu artikulieren, mögen sie sich auch noch so "sozial" einzubringen versuchen. Gerade der praktizierte Populismus rechtsextremer Kräfte und Parolen erschwert es oft, die sich dahinter verborgenden politischen Ziele zu erkennen.

Das heißt aber auch, sich dafür einzusetzen, dass die existierenden sozialen Verwerfungen beseitigt werden, dass die Bürger am verkündeten wirtschaftlichen Aufschwung auch Anteil haben, dass soziale Verunsicherungen und Ängste abgebaut und deren Ursachen beseitigt werden.

Das Material hat dann seinen Zweck erreicht, wenn es dazu beiträgt, dass sich jeder von uns nicht "neutral" verhält, nicht notwendige Auseinandersetzungen scheut, sondern bereit ist, eigene Positionen zu bedenken und, wenn notwendig, zu korrigieren. Es soll einen Beitrag leisten, damit unser Verband, bei aller Vielfalt politischer Orientierungen und religiöser Bindungen unserer Mitglieder, in Bezug auf rechtsextremistische und ausländerfeindliche Positionen eine Sprache spricht. Es soll aber zugleich jedes Mitglied, jeden von uns auffordern, seine Stimme als Bürger einzubringen. Nur dann entziehen wir dem Rechtstremismus den von ihm benötigten Nährboden.

Berlin, Oktober 2007



Prof. Dr. Gunnar Winkler
Präsident der Volkssolidarität

Volkssolidarität gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit

Rund 80 % der über 18-jährigen Befragten in den neuen Bundesländern macht die Entwicklung des Rechtsextremismus Angst, von 65 % wird der Einzug von Abgeordneten rechtsextremer Parteien in die Parlamente als Gefahr gesehen. Aussagen, die sich eindeutig gegen die Ziele und Inhalte von rechtsextremen Gruppen, Organisationen und offiziell zugelassenen Parteien wenden. Aber reicht das aus? Wie groß ist der Nährboden rechtsextremen Gedankenguts, ist sich jeder Einzelne von uns bewusst, wie nahe man manchmal rechtsextremen und ausländerfeindlichen Auffassungen ist, wie oberflächlich man zum Teil ist, vor allem wenn es um die eigene Position zu Ausländern oder zur Rolle Deutschlands in der Geschichte geht?

In den vergangenen Jahren standen immer wieder Gewalttaten, Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien und das Auftreten neonazistischer Abgeordneter in Parlamenten im Mittelpunkt der Diskussion. Der Verfassungsschutzbericht 2006 verweist dazu u.a. auf folgende Fakten¹:

- Rund 38.600 Personen sind derzeit dem Rechtsextremisierungspotenzial zuzuordnen, das sind rd. 2.000 weniger als 2004 und rd. 10.000 weniger als 2001 - eine scheinbar positive Bilanz.
- In die Landtage Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern zogen im Ergebnis der Landtagswahlen Abgeordnete rechtsextremer Parteien ein.
- Die Anzahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ist 2006 auf rd. 18.000 angestiegen (2005 = 16.000), darunter 1.115 Gewalttaten (2005 = 1.034).
- In Bezug auf Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund liegen die neuen Bundesländer deutlich über dem Durchschnitt.

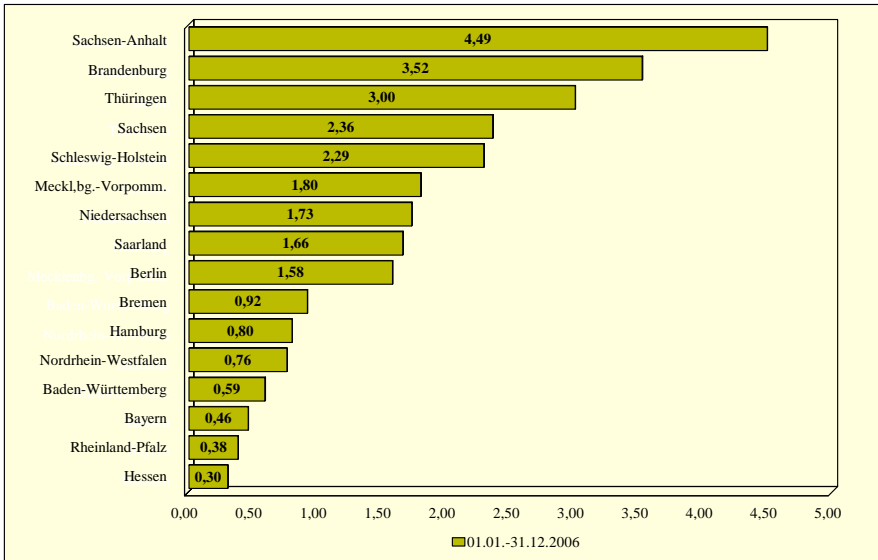
Aber Rechtsextremismus ist weder eine "neue" Erscheinung in der bundesdeutschen Landschaft noch eine auf den "Osten" zu begrenzte.

Das notwendige, gemeinsame Anliegen aller demokratischen Kräfte, in Parteien, in den Gewerkschaften, den Kirchen, den Sozial- und Wohlfahrtsver-

1 Bundesministerium des Inneren: Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007
www.verfassungsschutz.de

bänden sich "gegen rechts" zu wenden und hinzusehen statt wegzusehen, bedarf der gemeinsamen Verantwortung und gemeinsamer Aktivitäten.

Abbildung 1: Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich "Politisch motivierte Kriminalität - rechts"* - 2006 je 100.000 Einwohner in den Ländern -



* Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) und des Statistischen Bundesamtes zu den Einwohnerzahlen der Länder (Stichtag: 31.12.2005).

Quelle: Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2006, BMI, Berlin 2007, S. 37, www.verfassungsschutz.de

Nichts ist für den Rechtsextremismus förderlicher, als wenn bilanziert wird, wer "weniger rechtsextrem" ist, ob die Bayern oder die Brandenburger, die Facharbeiter oder die Hochschulabsolventen, die vom Lande oder die aus der Stadt, die aus dem Osten oder die aus dem Westen, die (erwachsenen) Kinder aus Partnerhaushalten oder von Alleinerziehenden usw. usf. All das führt nicht zu dem notwendigen Miteinander in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, sondern eher zum Nebeneinander, wenn nicht gar Gegeneinander.

So notwendig Ursachenanalyse zu rechtsextremen Tendenzen und Verhaltensweisen bei einzelnen Bürgern und Gruppen ist, aber Auseinandersetzung beginnt mit einer kritischen Sicht auf eigenes Verhalten, auf eigenes

Denken. Es sind nicht immer nur "die Anderen". Insofern sollen nachfolgende Ausführungen auch dazu anregen, eigenes Denken zu prüfen.

Der "gefühlte Rechtsextremismus" ebenso wie der medial verbreitete, reflektieren das vorhandene Ausmaß an rechtsextremen Potenzialen unzureichend und einseitig.

Auch 2007 bekennen rd. 5 % der ab 18-jährigen Befragten der neuen Länder ihre "Sympathie" für rechte Parteien (Republikaner, NPD, DVU). Sie stellen weitgehend auch das Wählerpotenzial für diese Parteien dar. Obwohl sich eine große Mehrheit von 70 % ablehnend gegenüber rechten Parteien verhält, ist jedoch zugleich der Anteil von "Neutralen" ("ist mir egal", "kenne ich nicht") mit 25 % eine gesellschaftlich und politisch mehr als ernst zu nehmende Größenordnung.

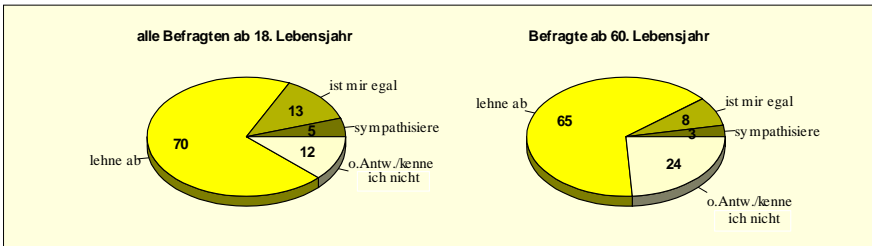
Die Befragungsergebnisse belegen - ebenso wie vergleichbare Untersuchungen² -, dass rechtsextremes Gedankengut unterschiedlicher Inhalte und Facetten nicht auf gewaltbereite, gering qualifizierte, ausgegrenzte junge Menschen in ländlichen Gebieten reduzierbar ist, sondern wesentlich breitere Teile der ost- wie westdeutschen Bevölkerung erfasst.

Betrachtet man die seit Jahren erhobenen Aussagen, so ist feststellbar, dass es keineswegs nur die jüngeren Jahrgänge sind, die Sympathien mit rechten Parteien zum Ausdruck bringen. Kennzeichnend ist auch eine hohe Anzahl über 60-Jähriger, welche mit "kenne ich nicht" bzw. überhaupt nicht antworten, oder denen das "alles egal" ist. Aber gerade ältere Menschen sind in hohem Maße jene Jahrgänge, welche noch selbst den Faschismus und Krieg, zumindest aber die unmittelbaren Nachkriegsfolgen erlebten (vgl. Abbildung 2).

Insgesamt sollte auch die von 13 % der befragten Bürger getroffene Aussage "sind mir egal" Anlass sein, darüber nachzudenken, wie es gelingt, eine nicht zu akzeptierende "Uninteressiertheit" zu überwinden. Unbeteiligtsein hilft - auch wenn das nicht gewollt ist - dem Rechtsextremismus.

2 Vgl. Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte - Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2006.

Abbildung 2: "Sagen Sie bitte, in welchem Verhältnis Sie zu rechten Parteien - Republikaner, NPD, DVU - stehen!" - 2007
 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Weitaus gravierender als das offizielle Bekenntnis für oder gegen rechte Parteien sind jedoch die getroffenen Aussagen (auf die im Weiteren noch im Einzelnen eingegangen wird) zu rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Auffassungen. Es reicht nicht aus, für sich selbst festzustellen, dass man weder rechte Parteien wählt, noch Sympathien für diese hat, und gleichzeitig über zu viele Ausländer zu klagen oder der Meinung zu sein, dass Deutschland in der Welt endlich den "ihm zustehenden Platz" einnehmen müsste. Der Stellenwert eines Staates, der für sich selbst den Anspruch erhebt, zu den "führenden" zu gehören, sollte sich vorrangig an der solidarischen Hilfe und Unterstützung gegen Armut, Volkskrankheiten und fehlende Bildung in den Ländern der sog. Dritten Welt messen und nicht daran, in welchen internationalen Gremien man Sitz und Stimme hat oder "gleichberechtigter" Partner bei militärischen "Schutzaktionen" irgendwo in der Welt ist.

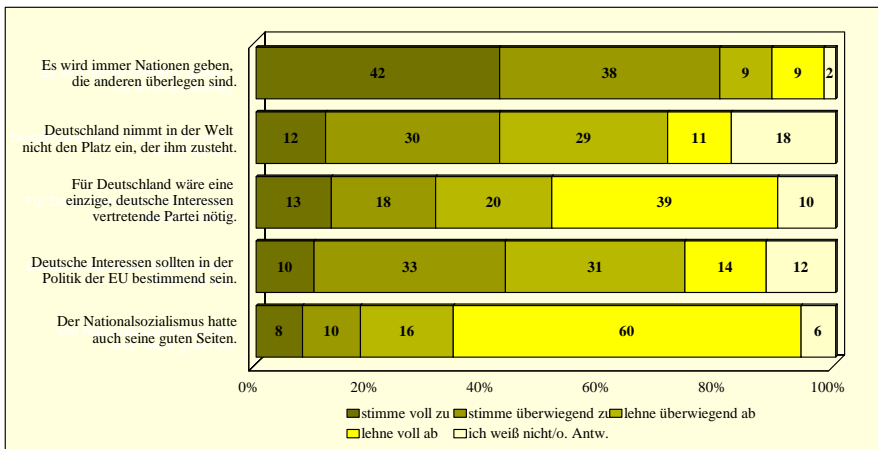
Die nachfolgend getroffenen Aussagen (2007) sollen die Haltungen vieler Bürger näher verdeutlichen:

- Der Auffassung, dass es immer "Nationen geben wird, die anderen überlegen sind", stimmen (2007) von den über 18-jährigen Befragten 42 % voll und 38 % "überwiegend" zu, nur 18 % lehnen eine solche ab.
- Dass "Deutschland in der Welt nicht den Platz einnimmt, der ihm zusteht", unterstützen 12 % voll und 30 % teilweise, nur 40 % lehnen eine solche Position ab.
- Diktatorischen Führungsstrukturen "Für Deutschland wäre eine einzige, Deutschlands Interessen wahrnehmende Partei notwendig" unterstützen 13 % aller Altersgruppen voll, 18 % überwiegend.

- Einer im Kern ausländerfeindlichen Haltung "In Deutschland leben zu viel Ausländer, ihre Zahl sollte in den nächsten Jahren kleiner werden" stimmen 41 % der ab 18-jährigen Befragten voll und 33 % teilweise zu.
- Noch erschreckender ist der hohe Anteil von Befragten (18 %), welche der Auffassung: "Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten." voll (8 %) sowie überwiegend zustimmen (10 %).

Fastet man die unterschiedlichsten Aussagen zusammen, so ergibt sich, dass über 50 % der Befragten der neuen Länder diesen oder jenen Auffassungen zustimmen, die durchaus als rechtsextrem bzw. ausländerfeindlich einzuordnen sind.

Abbildung 3: Ausgewählte rechtsextreme Positionen - 2007
- neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Rechtsextremismus in seinen zahlreichen Komponenten und Facetten hat einen breiteren Nährboden als uns allen bewusst ist, und es gibt eine keineswegs gering zu schätzende Zahl von Bürgern, die aus unterschiedlichsten Motiven Zugang zu rechtsextremistischen und gegen Ausländer gerichtete Auffassungen haben. Die Gefahr besteht darin, dass der Einzelne ungewollt, oft einfach unbedacht, in dieser oder jener Form entsprechend aufbereiteten Argumentationen zugänglich ist, und - wenn es auch nicht mit einem eindeutigen Bekenntnis zu rechtsextremen Parteien und Organisationen verbunden ist - potenziell unterstützend für diese wirkt.

Es handelt sich mehrheitlich um widersprüchliche Haltungen, indem einerseits rechte Parteien abgelehnt werden, aber gleichzeitig Auffassungen z.B. zum angeblich notwendigen, höheren "Stellenwert Deutschlands in der Welt" und insbesondere zur "Überfremdung" der Bundesrepublik durch Ausländer zugestimmt wird.

Viele derjenigen, die einzelnen Aussagen voll oder teilweise zustimmen, würden es leidenschaftlich ablehnen, rechtsorientierten Denkens bezichtigt zu werden. Sind wir uns aber tatsächlich bewusst, wie gedankenlos wir uns manchmal gegenüber Bürgern anderer Hautfarbe oder Nationalität, die in unserem Lande leben, welche hier arbeiten oder Sport treiben und neben uns wohnen, verhalten? Nur noch wenige von uns haben in Zeiten gelebt, in denen "Deutschland, Deutschland über alles" offiziell Staatsdoktrin war. Aber die meisten von uns sind in einer Zeit groß geworden, in der suggeriert wurde, das jeweils "bessere Deutschland" zu sein. Für wie ungerecht halten wir heute noch Auffassungen, die unser gelebtes Leben abwerten, nur weil wir im anderen Teil Deutschlands lebten. Aber was wir für uns selber in Anspruch nehmen, sollten wir auch für andere gelten lassen. Man muss nicht weiß sein, um "Deutscher" zu sein. Weltanschaulicher Pluralismus - wie er für unseren Verband prägend ist - schließt Überhebung gegenüber anderen Rassen, Nationen und Weltanschauungen aus.

Aktionen gegen den Rechtsextremismus müssen sich demzufolge mit allen Erscheinungsformen nationalistischen, ausländerfeindlichen und chauvinistischen Gedankenguts auseinandersetzen und dürfen nicht auf einzelne "Projekte gegen Rechts" begrenzt werden. Die Auseinandersetzung gegen den Rechtsextremismus darf auch keinen Kampagnencharakter - jeweils vor Wahlen - bekommen.

Rechtsextremismus ist in den neuen Bundesländern vor allem mit der Ausländerproblematik verbunden. Obwohl eigene Erfahrungen im Zusammenleben und -arbeiten mit Ausländern weitgehend fehlen, werden sie als eine "Ursache" für soziale Probleme im Osten angesehen.

In den neuen Bundesländern machen sich rechtsextreme Positionen vor allem an ausländerbezogenen Haltungen fest. Der Boden für rechtsgerichtete Auffassungen zu Ausländern und einer entsprechenden Einwanderungs- und Integrationspolitik erfasst - ob individuell gewollt oder nicht - große Teile der Bevölkerung.

Fast ausnahmslos alle Menschen in den neuen Bundesländern wurden nach 1990 mit grundlegend veränderten Arbeits- und Lebensverhältnissen konfrontiert. Das betraf insbesondere ein rasch steigendes, qualitativ hochwertigeres materielles Lebensniveau ebenso wie neue Möglichkeiten im Kennenlernen anderer, bis dato fremder Länder mit ihren Kulturen und Menschen, aber auch neue Erfahrungen des Lebens in einem demokratischen Rechtsstaat.

Viele Bürger nahmen aber auch erschreckende Bilder von Gewalt und Gewaltbereitschaft rechtsextremer Kreise insbesondere gegen Ausländer in Rostock, Hoyerswerda oder Potsdam zur Kenntnis und suchen die Ursachen je nach politischem Standort und unkritischer Medienadaption in der DDR-Vergangenheit oder in den "neuen" Verhältnissen.

Bis in die Gegenwart belegen die dargelegten Fakten, dass in den neuen Bundesländern weder von der Vergangenheit noch dem derzeitigen Status der Ausländeranteil als eine Ursache für Ausländerfeindlichkeiten/ablehnende Haltungen herangezogen werden könnte. 2006 lebten in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) lt. Bevölkerungsfortschreibung 319.173 Ausländer - davon waren rd. 106.524 (43,9 %) weiblich. Entsprechend der Gesamtzahl der in Deutschland lebenden Ausländer (7.286.325) waren das 4,3 %.

Tabelle 1: Bevölkerung insgesamt und ausländische Bevölkerung - neue Bundesländer (ohne Berlin) -

	Bevölkerung insgesamt* (in 1000)	ausländische Bevölkerung*			Ausländer (in 1000) (AZR**)
		absolut (in 1000)	Anteil in Prozent	je 1000 Einwohner	
1991	14.509	112	0,8	7,7	-
1995	14.174	244	1,7	17,2	242
2000	13.850	289	2,1	20,9	242
2005	13.364	320	2,4	24,0	246***
2006	13.267	319	2,4	24,1	243

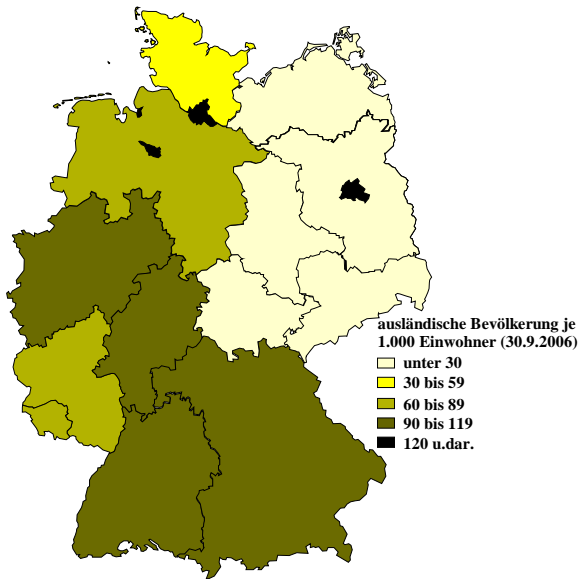
* Bevölkerungsfortschreibung

** Ausländerzentralregister

*** ab 2004 Veränderung der Erhebungsmethodik

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 1 Reihe 2, 2003/2005/2006, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung

Abbildung 4: Ausländische Bevölkerung Bundesrepublik Deutschland - Ausländer je 1.000 der Bevölkerung - 30.09.2006 -



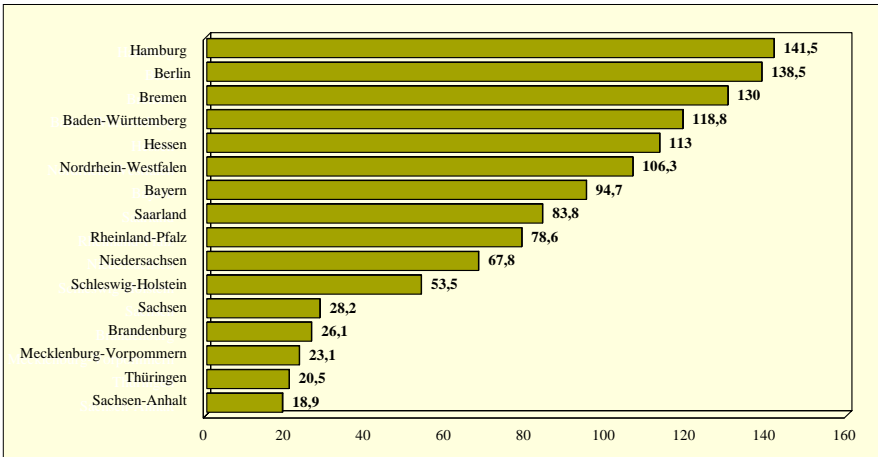
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2, 2006, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung

Nicht die Zahl der in den neuen Ländern lebenden Ausländer ist bestimmend für die generelle Haltung vieler Menschen zu ihnen, sondern die sozialen Ängste, die mit ihnen geschürt werden.

Die ausländische Bevölkerung in den neuen Bundesländern reflektiert (im Vergleich zu den alten Bundesländern)

- die unterschiedliche Ausländerpolitik/Einwanderungspolitik vor 1990 (geringe Anteile von Bürgern aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Italien, Griechenland);
- die unterschiedlichen Zuwanderungsströme nach 1990 - konzentriert auf ehemals der "sozialistischen Staatengemeinschaft" zugehörnde Länder (Vietnam, Russland, Polen, Ukraine);
- eine aufgrund der allgemeinen Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung relativ "junge" Bevölkerung (Durchschnittsalter der in Deutschland lebenden Ausländer insgesamt 36,0 Jahre - 2005).

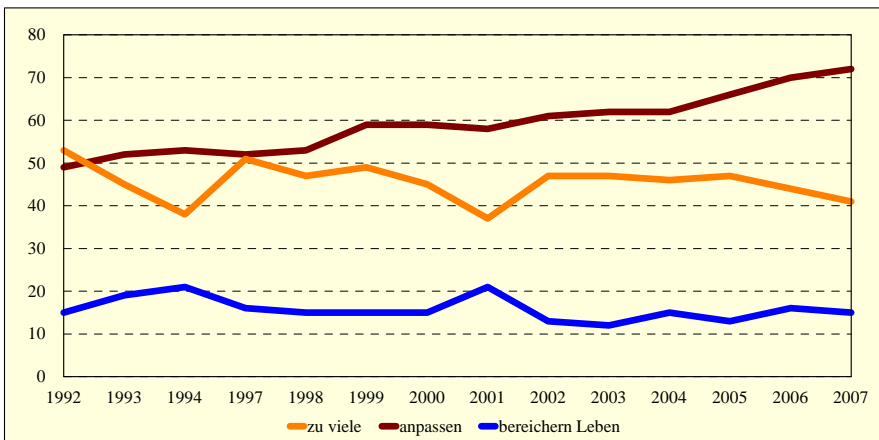
Abbildung 5: Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern
 - Ausländer je 1.000 der Bevölkerung - 30.09.2006 -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2, 2006, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Ausländische Bevölkerung

Die seit 1992 beim SFZ vorliegenden Aussagen von Bürgern der neuen Bundesländer ergeben, dass sich die Haltungen zu Ausländern in den letzten Jahren nicht verändert, sondern im negativen Sinne "stabilisiert" haben.

Abbildung 6: Haltungen zu Ausländern in Deutschland: "Es gibt zu viele.", "Sie sollten sich mehr anpassen.", "Ausländer bereichern unser Leben." - 1992 bis 2007 - neue Bundesländer - in Prozent - (nur Antwort: "stimme ich voll zu")



Datenbasis: sfz/leben 1992-2007 (gew.)

Insgesamt überwiegen "Anti-Haltungen", die vom Einzelnen nur in seltenen Fällen begründet werden können, sondern mehr auf pauschalierter Vorverurteilung beruhen. Das nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die 319.000 in den neuen Bundesländern lebenden Ausländer (ohne Ostberlin), nur einen Anteil der ausländischen Bevölkerung von 2,4 % (2006) ausmachen.

Die Untersuchungen belegen nachfolgende durchaus differenzierte Positionen (2007):

- a) eine weitgehend von den Befragten unterstützte und auch als gerechtfertigt anzusehende Forderung, dass Ausländer sich den Gegebenheiten des Lebens in Deutschland anzupassen haben (95 % der Befragten unterstützen diese Auffassung - davon 72 % voll/23 % teilweise). Integration ist immer zweiseitig. Sie erfordert gleichwertige Rahmenbedingungen, sich integrieren zu können ebenso wie den Willen und die Bereitschaft, mich in dem Land, in welchem ich lebe, verständigen zu können sowie dessen Kultur und humanistischen Traditionen zu tolerieren.

Diesem anzuerkennenden berechtigten Anspruch steht

- b) eine verbreitete Auffassung gegenüber, die in Ausländern eine "Gefährdung" der eigenen Lebensverhältnisse sieht. Rd. ein Drittel bis die Hälfte der Befragten haben Vorbehalte unterschiedlichster Art und Ausprägung gegenüber Ausländern (d.h. stimmen Vorbehalten voll zu):
 - sei es, dass es "zu viele Ausländer" in Deutschland gäbe und ihre Zahl reduziert werden müsse (41 % volle Zustimmung, 33 % teilweise),
 - dass sie die ohnehin vorhandenen sozialen Probleme verschärfen würden (34 % voll/36 % teilweise) oder
 - Asylbewerber auf "unsere" Kosten leben würden (42 % voll/42 % teilweise).
- c) Charakteristisch ist eine geringe Bewertung des positiven Beitrages von Ausländern als Teil dieser Gesellschaft im Sinne multikulturellen Gewinns (sie bereichern unser Leben - 15 % volle Zustimmung) oder einfach ihres auf Erwerbsarbeit beruhenden Anteils (tragen zu unserem Wohlstand bei - 15 % volle Zustimmung).

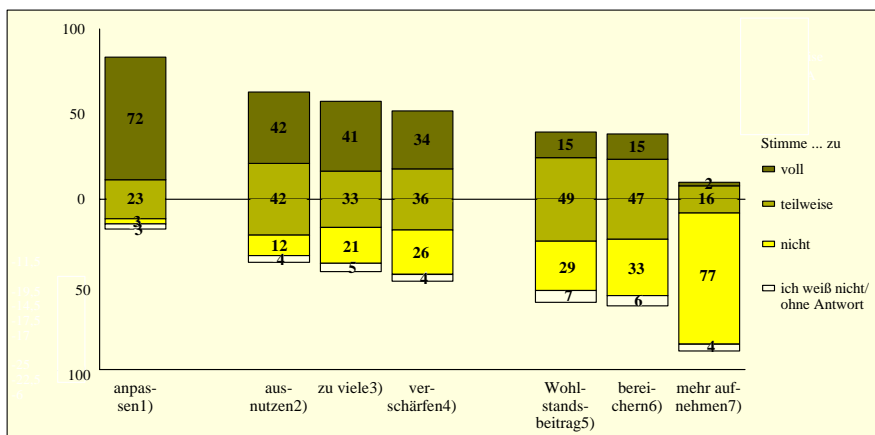
Wenn bei Vergleichen in der Haltung zu Ausländern unterschiedliche Positionen zwischen Ost und West auftreten, so sollten gerade die Bür-

ger der neuen Bundesländer mehr zur Kenntnis nehmen, dass es in den Jahren der deutschen Teilung vor allem "Gastarbeiter" aus Italien, Jugoslawien, Spanien und der Türkei waren, die ihren Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik leisteten (deren Nutznießer wir heute noch sind). Viele von ihnen sind inzwischen voll integriert, wenn auch bei weitem nicht alle. Aber auch hier liegt die Ursache für nicht hinreichende Integration nicht nur bei den Ausländern.

- d) Es gibt nur eine geringe Akzeptanz zu weiteren Einwanderungen von Ausländern in die Gesellschaft. Nur 18 % der Befragten sprechen sich - bezogen auf eine weitere Aufnahme von Ausländern - dafür aus (davon noch 16 % nur teilweise).

Wenn also in den neuen Bundesländern Ausländer viel zu oft und unbeachtet als "Verursacher" sozialer Probleme angesehen werden - selbst in Orten und Gemeinden, in denen keine Ausländer leben - so zeigt das, wie notwendig es ist - auch in den Ortsgruppen von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden -, sich damit auseinanderzusetzen.

Abbildung 7: Positionen zu Ausländern in Deutschland - 2007
- neue Bundesländer - in Prozent -



- 1) Ausländer sollten sich den hiesigen Lebensgewohnheiten mehr anpassen.
- 2) Asylbewerber nutzen unsere sozialen Leistungen aus und leben auf unsere Kosten.
- 3) In Deutschland leben zu viele Ausländer. Ihre Zahl sollte geringer werden.
- 4) Ausländer verschärfen viele soziale Probleme (z.B. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit).
- 5) Ausländer tragen durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand bei.
- 6) Ausländer bereichern unser Leben.
- 7) Aufgrund des Elends in vielen Teilen der Welt muss Deutschland mehr Ausländer aufnehmen.

Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Die Untersuchungen bestätigen die allgemeine Annahme, dass sich besonders Erwerbsstrukturen, d.h. Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit bzw. eine erzwungene/gewollte vorzeitige Rentnerschaft, in den Auffassungen zu Ausländern bzw. auf rechtsextreme Positionen niederschlagen.

So sind es insbesondere über 50-jährige befragte Arbeitslose, welche in deutlich höherem Maße die Ansicht vertreten, dass es zu viele Ausländer gäbe (Erwerbstätige 36 %, Arbeitslose 44 %), offensichtlich in der Annahme, dass sich mit der Reduzierung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland die eigene Situation verbessern würde. Eine Fehlannahme, die letztlich Gedankengut der rechtsextremen Organisationen unterstützt. "Arbeitsplätze für Deutsche" ist fremdenfeindlich, begrenzt das Recht auf freie Wahl des Arbeitsortes für Bürger anderer Länder. Aber gerade freie Wahl des Berufes, des Arbeitsplatzes, des Arbeitsortes waren wichtige Motive für die demokratische Revolution der DDR-Bürger 1989/1990. Dass davon vieles für viele noch nicht realisiert wurde, liegt nicht an den Ausländern.

Nicht übersehen werden sollte auch, dass das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes bzw. Arbeitsortes gerade junge Menschen aus den neuen Bundesländern für sich in Anspruch nehmen und Ausbildung und Arbeit in den alten Ländern suchen, also aus Gebieten mit wenigen Ausländern in Bundesländer mit wesentlich höheren Ausländeranteilen ziehen. Auch hier liegen die Ursachen für einen nach wie vor gespaltenen Arbeits- und Ausbildungsmarkt nicht in der Anwesenheit und Anzahl der Ausländer in Deutschland.

Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Hitlerfaschismus muss nach wie vor Anliegen aller demokratischen Kräfte sein.

Die Aufarbeitung des Verhältnisses und Verhaltens der Deutschen zum Dritten Reich, d.h. zu Hitlers Nazidiktatur und damit zum Faschismus, ist nach 1945 auf unterschiedliche Weise erfolgt und nach 1990 darüber hinaus unterschiedlich bewertet worden.

Es ist nicht Anliegen der nachfolgenden Darstellung, sich mit dem Antifaschismus in der DDR wissenschaftlich auseinanderzusetzen, was bleibt ist aber die unterschiedliche Art und Weise der Aufarbeitung nach 1945 in beiden deutschen Staaten. Viele Bürger der neuen Bundesländer erlebten in der DDR den "Antifaschismus" als bewusste Auseinandersetzung gegenüber

dem Dritten Reich ebenso wie als "Abgrenzungsideologie" gegenüber dem System der BRD - am prägnantesten mit dem "antifaschistischen Schutzwall", d.h. dem Mauerbau - und der damit verbundenen Begrenzung individueller Freiheiten für DDR-Bürger. Zugleich wurde jedoch in der DDR weder in der Darstellung der Ziele und verbrecherischen Ergebnisse des deutschen Faschismus von einer Gleichsetzung des gesamten deutschen Volkes mit den geistigen und politischen Führern des Dritten Reiches ausgegangen, noch die Auffassung "man habe nichts gewusst" akzeptiert oder unterstützt.

Wenn die DDR jedoch im Nachhinein mit dem deutschen Faschismus, der Millionen von Menschen zu Kriegsoffern machte und in über 60 Konzentrationslagern nicht nur politische Gegner vernichtete, sondern Rassenmord betrieb, nicht nur nicht verglichen, sondern gleichgestellt wird, so ruft das zu Recht den Unwillen bei großen Teilen der Bevölkerung hervor. Zwischen 1933 und 1945 wurden in Konzentrations- und Vernichtungslagern rd. 11 Millionen Menschen ermordet, was mit nichts in Deutschland danach vergleichbar ist. Jeglicher Missbrauch dieses Tatbestandes für Ideologien ist zu verurteilen.

Das schließt - und darum geht es hier - trotz allem ein, sich ständig der Verbrechen Hitlerdeutschlands bewusst zu sein. So richtig es ist, dass von den Verantwortlichen des Dritten Reiches keiner mehr lebt, so wichtig ist es, das Wissen von Mechanismen und Gefahren, die von einer nationalistischen, ausländerfeindlichen Politik ausgehen, die das Recht auf Leben missachten, wachzuhalten. Welch oberflächliches Denken herrscht vor, wenn zum Teil auch ältere Bürger dem Nationalsozialismus noch gute Seiten attestieren. Man kann nicht Autobahnbau gegen KZ aufrechnen oder KdF gegen Judenvernichtung.

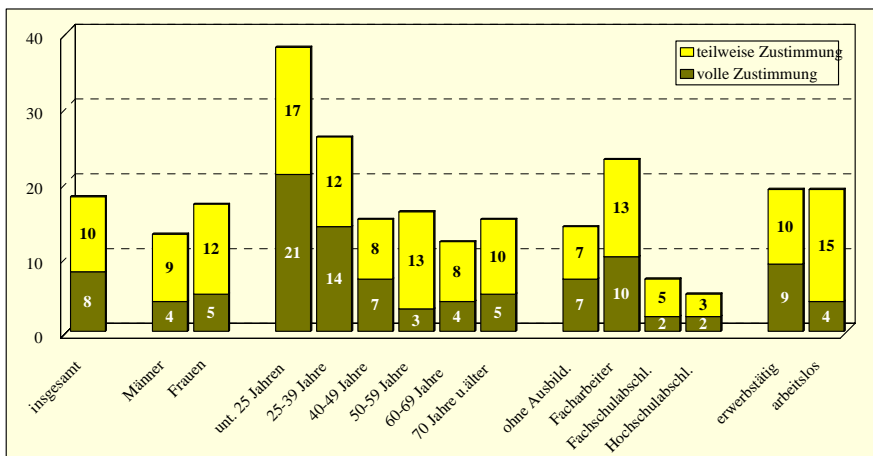
Dass solches Denken keine Ausnahme ist, bestätigen am deutlichsten die Daten des SFZ aus den Jahren 2006/2007. Der Fragestellung: "Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten" stimmten 8 % voll zu, darüber hinaus noch 10 % mit "stimme überwiegend zu" (2007) (vgl. Abbildung 8).

Die im Wesentlichen gleichlautenden Aussagen aus der Erhebung 2006³ verweisen mit Nachdruck auf einen keinesfalls gering zu schätzenden Teil

3 Winkler, Gunnar: Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremistische Auffassungen in den neuen Bundesländern, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 133, Düsseldorf 2007.

der Bevölkerung (fast 20 %), welcher dem Nationalsozialismus "positive" Effekte zuordnet. Natürlich haben auch in Deutschland von 1933 bis 1945 die Menschen gelernt, gearbeitet, geliebt und gelitten. Es gab nicht nur Nazis, sondern auch Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberaldemokraten. Es geht aber bei dieser Fragestellung nicht um das Leben dieses oder jenes einzelnen Bürgers, sondern um die Bewertung des politischen Systems - und um die Verantwortung des Einzelnen in diesem und für dieses System. Es geht nicht um nachträgliche Schuldzuweisung an Generationen, die seinerzeit gar nicht lebten, sondern um die Scham, die wir auch heute noch empfinden sollten über Verbrechen, die im Namen Deutschlands von Deutschen begangen wurden.

Abbildung 8: "Der Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten" (nach sozialen Strukturen) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent - (Antwort: "volle"/"teilweise Zustimmung")



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

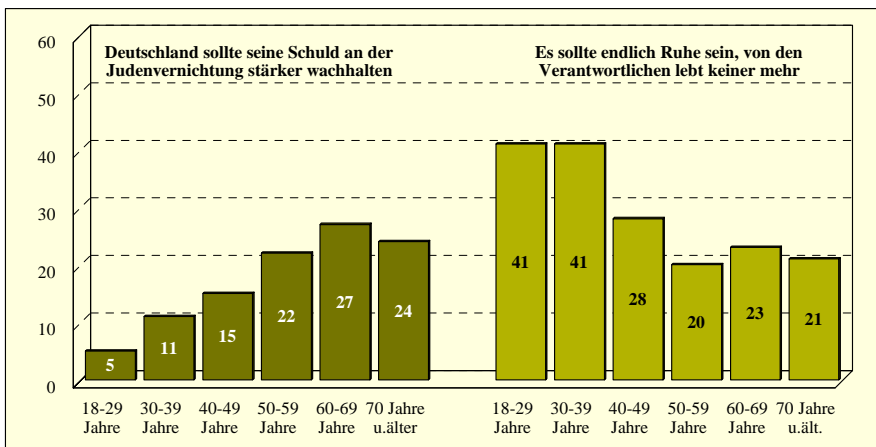
Insbesondere der hohe Anteil unter jüngeren Menschen belegt, welche Un- bzw. einseitigen Kenntnisse vorhanden sind. Deshalb liegt es in besonderem Maße in der Verantwortung der älteren Generationen, die Jugend mit der Politik des deutschen Faschismus und den Verbrechen Hitlerdeutschlands vertraut zu machen.

4 Vgl. hierzu Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte - Rechts extreme Einflussfaktoren in Deutschland, FES-Forum Berlin, Berlin 2006, S. 41.

Die nachfolgenden Aussagen belegen eine keineswegs hinreichende Aufarbeitung deutscher Geschichte und ihre Reflexion in den Köpfen der Deutschen und verweisen mit Nachdruck darauf, dass die Auffassungen vieler Ostdeutscher (was auch für Westdeutsche gilt⁴) nicht zu akzeptieren sind.

Die Ergebnisse des SFZ von 2007 bestätigen nicht nur eine keineswegs hinreichende Auseinandersetzung vieler Bürger mit dem Faschismus und Völkermord insgesamt, sondern es ist auch unverkennbar, dass sich die Haltungen der Bürger zu den an den Juden begangenen Verbrechen des "Deutschen Reiches" stark unterscheiden. So findet die notwendige Geschichtsaufarbeitung keineswegs eine ungeteilte Zustimmung, wenn 51 % der Befragten äußern, es sollte endlich Ruhe sein, da von den Verantwortlichen keiner mehr leben würde (28 % stimmen dem voll und 23 % teilweise zu). Andererseits sind 52 % der befragten Bürger der neuen Bundesländer (ab 18. Lebensjahr) der Meinung, dass Deutschland seine Schuld an der Judenvernichtung stärker wachhalten sollte (18 % stimmen dem voll zu, 34 % überwiegend).

Abbildung 9: "Was ist Ihre Meinung zu folgenden Aussagen ...?"
 - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -
 (nur Antwort: "stimme voll zu")



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Zwei Aspekte werden deutlich:

Erstens: Es gibt einen hohen Anteil von Bürgern, die individuell eine "kollektive Schuld" ablehnen (d.h. sich mit dem Faschismus nicht als System auseinandersetzen, sondern als Verbrechen von Einzelpersonen betrachten) und damit verbunden die Forderung verbinden, "endlich Ruhe zu geben", da von den Verantwortlichen keiner mehr lebe.

Zum *Zweiten* sind die erkennbaren Unterschiede zwischen den Generationen hervorhebenswert, da offensichtlich vor allem jüngere und mittlere Altersgruppen in hohem Maße eine Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit für nicht (zumindest für sich) erforderlich halten. Charakteristisch dabei ist auch, dass es gleichlautende Aussagen zwischen Frauen und Männern gibt.

Wie widersprüchlich diese Haltungen zum Teil sind, wird deutlich, wenn zugleich rd. ein Drittel aller Befragten (33 %) eine umfassende und bessere Aufklärung über den Holocaust fordert. Aber hier sind es eher die "Jüngeren", die sich dieser Forderung mit rd. 42 % im Vergleich zu den Älteren (28 % der über 70-Jährigen) voll anschließen, offensichtlich auch aus vorhandenen Kenntnisdefiziten heraus. Eine besondere Verantwortung Deutschlands für die Vermittlung zwischen Israel und Palästina sehen nur 12 % bis 20 % (teilweise).

Die Verantwortung älterer Bürger sowie von Organisationen mit einem hohen Anteil älterer Menschen schließt ein, sich stärker als bisher der Aufgabe zuzuwenden, die ganze Wahrheit über die Hitlerära zu verbreiten. Generationenvertrag ist nicht nur finanzielle Sicherung von Renten, sondern auch Vermittlung von Erfahrungen und Bereitschaft, diese anzunehmen.

Haltungen zu rechtsextremen und ausländerfeindlichen Positionen werden in den neuen Bundesländern (wie in den alten) von einer Vielzahl individueller und sozialer Faktoren bestimmt, im Besonderen jedoch vom jeweiligen Erwerbsstatus und der sozialen Situation.

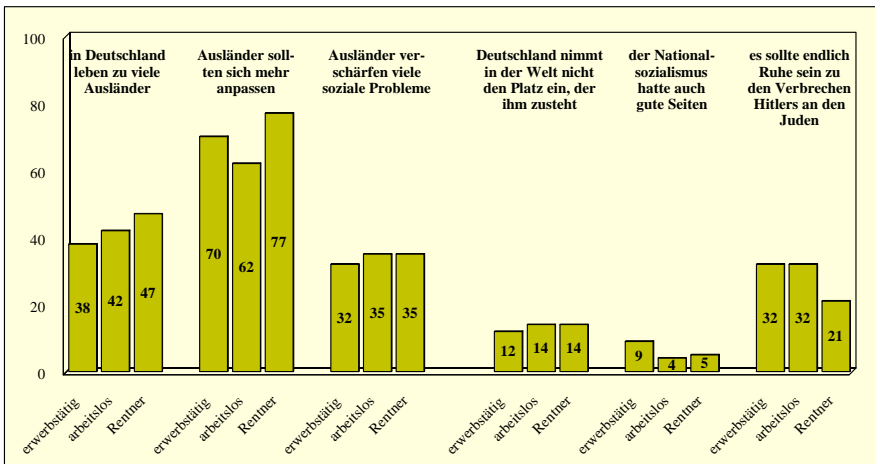
Es gibt eine Vielzahl unterschiedlichster Aussagen darüber, wo Ursachen für rechtsextreme und ausländerfeindliche Positionen - speziell in Ostdeutschland - zu suchen sind: ob in der Sozialisation in der Kindheit und Jugend, ob in der Art und Weise der Auseinandersetzung mit dem Faschismus in der DDR, ob in der Folge der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen nach

der Vereinigung, ob in der Entvölkerung in ländlichen Gebieten der neuen Bundesländer oder einer allgemeinen Gewaltbereitschaft usw. usf.

Die Gefahr besteht darin, dass eine einzelne dieser Ursachen zur Alleinigen hochstilisiert wird. Wichtig ist jedoch zugleich, die Ursachen nicht ausschließlich und nicht vorrangig in individuellen Verhaltensdispositionen zu sehen oder ausschließlich in einer individuell "unbewältigten DDR-Vergangenheit".

Trotzdem muss davon ausgegangen werden, dass die soziale und ökonomische Situation in den neuen Bundesländern in hohem Maße rechtsextreme Positionen befördert. Das nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass sich der offizielle bundesdeutsche Rechtsextremismus nach der von den Bürgern der DDR bewirkten Vereinigung, dem "Sozialen" zugewendet hat, sehr wohl davon ausgehend, dass die Arbeitsmarktentwicklung und Probleme der sozialen Gerechtigkeit einen höheren Stellenwert erhalten als territorialer Nationalismus.

Abbildung 10: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Erwerbsstatus (ab 18. Lebensjahr) - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent - (nur Antwort: "stimme voll zu")



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Die detailliertere Analyse zu rechtsextremen und ausländerfeindlichen Positionen in den neuen Ländern zeigt, dass erfahrene und erlebte Arbeitslosigkeit durchaus ein Faktor ist, der z.B. die Haltung zu Ausländern beein-

flusst, obwohl - wie bereits festgestellt - gerade in den neuen Bundesländern die Beschäftigung von Ausländern fast bedeutungslos ist.

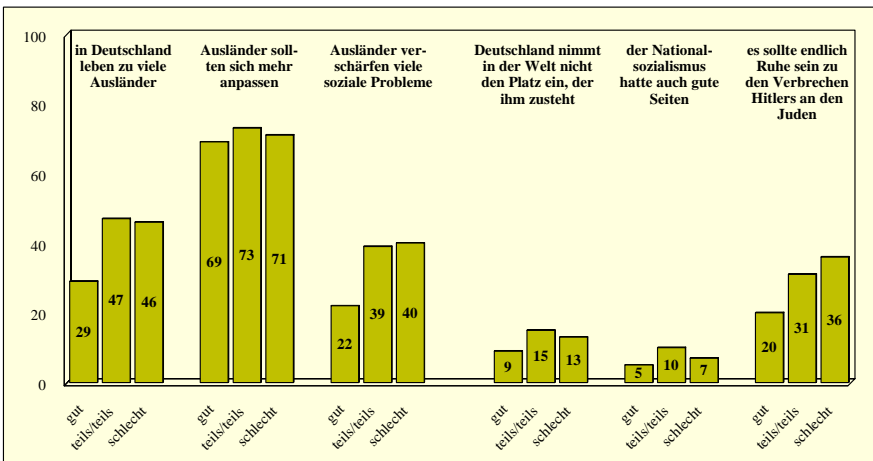
Unverkennbar ist der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Situation des Einzelnen und ausländerfeindlichen Positionen, weniger dagegen zu rechtsextremen Positionen. Bürger, die ihre eigene wirtschaftliche Situation mit sehr gut/gut bewerten, äußern sich deutlich (wenn auch keineswegs hinreichend) positiver zu Zahl und Wirkung von Ausländern im Lande als jene Bürger, welche ihre wirtschaftliche Situation nur bedingt als gut bzw. als schlecht einschätzen. Insofern prägt eine Gesamtbefindlichkeit auch Einstellungen zu den Ausländern. Im Gegensatz dazu ist das bei rechtsextremen Positionen im engeren Sinne nicht so eindeutig, sondern offensichtlich stärker von Bildung, erworbener Qualifikation und sozialem Status im Erwerbsleben (Beamte, Selbstständige, Hochschulabsolventen) abhängig.

Abbildung 11: Rechtsextreme und ausländerbezogene Positionen nach Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent - (nur Befragte, die der genannten Position voll zustimmen)

Frage: Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage?

Würden Sie sagen, sie ist ...?

- sehr gut/gut (gut)
- teils gut/teils schlecht (teils/teils)
- schlecht/sehr schlecht (schlecht)



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

In nicht wenigen Fällen wird argumentiert, dass die Wahlergebnisse und die z.T. vorhandene Akzeptanz des Auftretens rechter Parlamentarier oder Politiker Protesthaltung gegen die jeweilige kommunale, Landes- oder Bundespolitik sei: 50 % der befragten Bürger gaben 2006 an, dass ihrer Meinung nach in den Wahlergebnissen rechter Parteien der Protest gegen die hohe Arbeitslosigkeit, aber auch die Enttäuschung über nicht eingelöste Versprechen (46 %) bzw. die Ungleichbehandlung Ostdeutschlands (23 %) zum Ausdruck komme, d.h., damit den Politikern ein Denkzettel verpasst werden sollte (47 %). Mit einer solchen - gewollten - Haltung wird erreicht, dass die Auseinandersetzung um den Rechtsextremismus ebenso wie um wichtige aktuelle politische Themen nur noch alle vier Jahre stattfindet. Wahlen werden zum alleinigen "Machtmittel des Bürgers". Wichtig ist aber, sich ständig in unterschiedlichsten Formen gegen Rechtsextremismus und eine sie begünstigende Sozial- und Wirtschaftspolitik zu wenden.

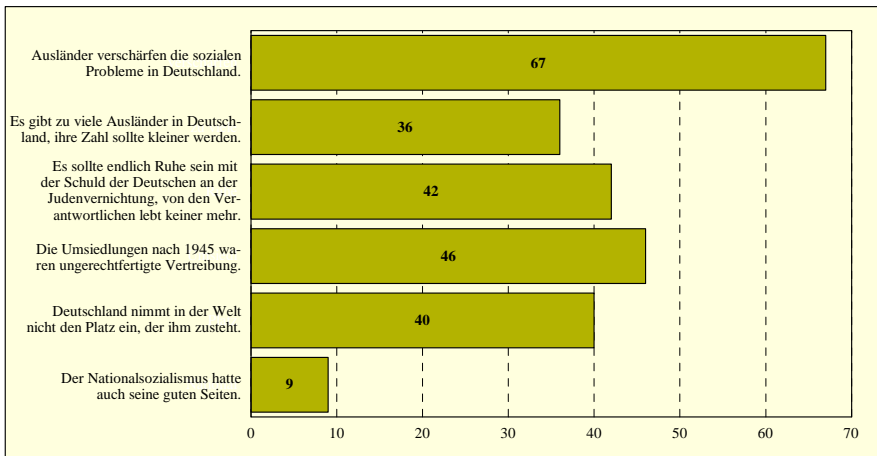
Die Haltung zum Rechtsextremismus ist bei vielen Bürgern widersprüchlich. Ablehnung rechter Parteien und Forderung nach deren Verbot steht zum Teil Billigung einzelner Positionen gegenüber.

Es wurde bereits eingangs festgestellt, dass rd. die Hälfte der befragten Bürger angibt, dass ihnen die Entwicklung des Rechtsextremismus Angst mache (50 %) - insbesondere Frauen und ältere Bürger, bei denen sich Rechtsextremismus mit dem weit verbreiteten Bild von Gewalt verbindet (Frauen = 59 %, über 60-Jährige = 64 %).

65 % bewerten den Einzug rechtsextremer Abgeordneter in die Parlamente als Gefahr und 55 % unterstützen Forderungen nach Verbot rechtsextremer Parteien. Diese Haltungen schließen andererseits nicht aus, dass viele derjenigen, die sich eindeutig gegen Rechtsextremismus positionieren, zugleich bezogen auf Ausländer und einzelne rechtsextreme Auffassungen im weiten oder engeren Sinne durchaus zum Teil analogen Denkstrukturen zugänglich sind.

So äußern z.B. Befragte, die für ein Verbot rechter Parteien sind, zu 67 %, dass Ausländer die sozialen Probleme in Deutschland verschärfen, und selbst aus diesem Kreis der Befragten sind 9 % der Meinung, dass der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte (vgl. Abbildung 12).

Abbildung 12: Befragte, die für ein Verbot rechtsextremer Parteien sind, stimmen folgenden Aussagen voll bzw. überwiegend zu ... - 2007 - neue Bundesländer - in Prozent -



Datenbasis: sfz/leben 2007 (gew.)

Fazit: Rechtsextremen und ausländerfeindlichen Positionen keinen Spielraum zu geben, auch das muss Bestandteil der Arbeit von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und aller demokratischen Kräfte sein.

Es wird immer wieder übersehen, dass die Gefahr, die von rechten politischen Kreisen ausgeht, gerade darin besteht, dass sich rechtsextreme Politik real vorhandenen sozialen Problemen zuwendet und - ohne eigene Lösungen zu haben - sich der Stimmungen und Meinungen der Bürger bedient und sie für ihre eigenen politischen Zwecke nutzt.

Insofern ist eine aktive sozialpolitische Interessenvertretung, ist bürgerschaftliches Engagement in demokratisch orientierten Organisationen und Verbänden, ist verbesserte Mitbestimmung der Bürger bei Entscheidungen, die ihr Leben betreffen, die wirksamste Gegenwehr gegen Rechtsextremismus. Mit verbesserten sozialen und ökonomischen Lebensverhältnissen wird dem Rechtsextremismus der "Spielraum" entzogen.

Die getroffenen Aussagen verweisen aber zugleich auf die große Verantwortung, die jeder Einzelne und die demokratischen Kräfte tragen, sich nicht nur mit gewaltbereiten Jugendlichen, nicht nur mit den Mitgliedern und

Sympathisanten rechtsextremer Parteien, sondern auch mit Positionen und Denkstrukturen im eigenen Umfeld auseinanderzusetzen. Sich selbst zu prüfen, ist ein erster wichtiger - wenn auch unbequemer - Schritt der Überwindung rechtsextremer Positionen und deren Duldung.

Gerade Sozialverbände - wie z.B. die Volkssolidarität - haben aufgrund ihrer parteienübergreifenden und konfessionsunabhängigen Mitgliedschaft eine besondere Verantwortung, ihre Mitglieder, ihre ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter zu mobilisieren für die notwendige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus haben nicht nur "die Mitte" der Gesellschaft erreicht, sondern finden Ansatzpunkte, Denk- und Verhaltensstrukturen in allen Bevölkerungsschichten. Das heißt, Verbände und Organisationen haben nicht nur eine Verantwortung nach "außen", sondern auch nach "innen". Rechtsextremismus und ausländerfeindlichem Denken keinen Spielraum zu geben, muss auch Bestandteil der Arbeit von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sein.

Aktionen gegen den Rechtsextremismus verlieren an Gewicht, wenn politische Vorbehalte, vereinseitigte Darstellungen über Ursachen des Rechtsextremismus ein Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte behindern. In der organisierten Abwehr gegen Rechtsextremismus darf es keine "besseren" und "schlechteren" Mitstreiter geben. Überhebung gegenüber Anderen war und ist immer einer der ersten Ansatzpunkte für rechtsextremes Denken.

Gemeinsam - Miteinander - nicht Nebeneinander und schon gar nicht Gegeneinander - ist erforderlich, um unserer Verantwortung für die Bewahrung unseres demokratischen Gemeinwesens gerecht zu werden und sie wahrzunehmen.

Autor: Gunnar Winkler

Für das vorliegende Material wurden Untersuchungen - die seit 1992, insbesondere jedoch 2006 und 2007, seitens des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e.V. (SFZ) repräsentativ für die neuen Bundesländer durchgeführt wurden (2007 n = 2.039 Befragte in den neuen Ländern) - aufbereitet.

Eine detailliertere, dem Material mit zugrunde liegende Analyse erfolgte bereits im Jahr 2006 von Winkler, Gunnar: Einstellungen zu Ausländern und rechtsextremistische Auffassungen in den neuen Bundesländern - Fakten und Befindlichkeiten, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier Nr. 133, Düsseldorf 2007.

Redaktionelle Bearbeitung, Layout,
tabellarische und grafische Gestaltung: Heidemarie Wille

*Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.
Köpenicker Straße 125
10179 Berlin*

Ansprechpartner: Dr. Reinhard Liebscher (Geschäftsführung)

Telefon-Nr.: 030-28 30 55 60

Fax-Nr.: 030-28 30 55 61

E-Mail-Adresse: reinhard.liebscher@sfz-ev.de

Home: www.sfz-ev.de

Druck: City-Print Gera

Entschließung der Bundesdelegiertenversammlung der Volkssolidarität am 4.11.2006

Volkssolidarität setzt sich für humanistische und demokratische Werte ein

"Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus." Dieser Gedanke bewegte viele Menschen im Oktober 1945 bei Gründung der Volkssolidarität. Sie hatten die Schrecken und Ängste des Krieges unmittelbar erlebt, ebenso wie die Nachkriegsjahre mit Hunger, Obdachlosigkeit, Not und Elend.

Seitdem üben wir Solidarität mit denen, die der Hilfe und Unterstützung bedürfen. Dabei bleiben wir dem antifaschistischen und demokratischen Erbe der Gründungs-generation unseres Verbandes - Christen, Sozialdemokraten, Liberale, Kommunisten und Gewerkschafter - verpflichtet. Dieser Tradition folgend hat sich unser Verband in den vergangenen Jahren immer wieder gegen Kriege und Terror gewandt.

Nationalismus, Rechtsradikalismus, Antisemitismus, Fremdenhass und Fanatismus stellen nach wie vor eine Bedrohung für Frieden und Demokratie dar. Mit großer Besorgnis erleben wir, dass menschenfeindliche Ideologien und Bestrebungen verstärkt Aufwind erhalten - nicht nur bei Wahlen. Soziale Verunsicherung und Perspektivlosigkeit, die mit hoher Arbeitslosigkeit und dem Abbau sozialer Standards einhergehen, sind keine Entschuldigung, machen aber deutlich, auf welchem Nährboden sich diese Entwicklung vollzieht.

Das Gefühl, sozial ausgegrenzt oder Bürger zweiter Klasse zu sein, darf sich nicht weiter ausbreiten, wenn die Demokratie und der innere Frieden in unserem Land von Bestand sein sollen. Wir appellieren an alle demokratischen Kräfte, an die politisch Verantwortlichen, an Parteien, Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbände und an Vereine, die sich vertiefenden Notlagen in Teilen der Bevölkerung nicht zu ignorieren und sich für die Sicherung sozialer und kultureller Werte einzusetzen. Neonazis und ihre Organisationen dürfen keine Chance haben, soziale Nöte für ihre Zwecke zu missbrauchen.

Die Auseinandersetzung darüber sollten wir offener mit den Gegnern der Demokratie führen. Auch Stillschweigen unterstützt diejenigen, die den Grundsatz der Menschenwürde mit Füßen treten und die deutsche Geschichte im Nachhinein umschreiben und die Schuld Deutschlands aus den Gedächtnissen tilgen wollen.

Wir rufen die Mitglieder und Mitarbeiter unseres Verbandes dazu auf, überall ihre Stimme zu erheben für Freiheit, Solidarität und Demokratie, gegen jegliche Form von Gewalt, Willkür und Menschenhass.

VOLKSSOLIDARITÄT Bundesverband e. V.
Bundesgeschäftsstelle
Alte Schönhauser Straße 16
10119 Berlin
Telefon: 030-27 89 7-0
Fax: 030-27 59 39 59
E-Mail: bundesverband@volkssolidaritaet.de
Home: www.volkssolidaritaet.de